Die Fallmethode

Nene Pnterrichtsf orm in der Parteisdinlnng

Der Ausgangspunkt für die Anwendung der Fallmethode an unserer Bezirksparteischule in Erfurt war der Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 23. Februar 1965 „Für eine neue Qualität der politisch-ideologischen Arbeit mit den Menschen". Dort heißt es: „In allen Formen der Parteischulung ist der gründlichen Aussprache, Rede und Gegenrede, Frage und Antwort, der echten Meinungsbildung über die verschiedenen Probleme mehr Raum zu geben." In dem Beschluß wird weiter „eine grundlegende Verbesserung der Arbeit an den Parteischulen" gefordert: „Mit dem Ziel, die Fähigkeiten der Lehrgangsteilnehmer zur selbständigen marxistischen Analyse, zur lebendigen schöpferischen und kämpferischen Begründung und zur Verwirklichung der Politik der Partei stärker zu entwickeln, ist eine weitgehende Änderung des Lehrplans und der Unterrichtsformen vorzunehmen."

Entsprechend diesen Forderungen wurde die Fallmethode als neue Unterrichtsform aufgenommen und erstmalig im Lehrgang 1966 /67 praktiziert. Bei ihrer Realisierung galt es erst einige Hindernisse zu überwinden. Infolge der geringen Kenntnisse und praktischen Erfahrungen des Lehrerkollektivs waren anfangs nicht wenige Stimmen zu hören, daß an Parteischulen diese Unterrichtsmethode nicht anwendbar sei. Doch dann, bei der praktischen Durchführung, an der das gesamte Lehrerkollektiv teilnahm, überzeugten sich diese Genossen sehr bald vom Gegenteil.

Eine gute Unterstützung erhielten wir vom Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED. Bereitwillig übermittelten uns die Genossen ihre Erfahrungen, und sie bestärkten uns, sofort mit dieser Methode zu beginnen.

Beispiel muß mit der Wirklichkeit übereinstimmen

Die Fallmethode hat das primäre Ziel, auf der Grundlage eines tiefgründigen fachlichen und politischen Wissens der Leiter, „diese in der Fähigkeit zur wissenschaftlich begründeten Ent-

---

Die Arbeit im Wohnbezirk ist gekennzeichnet durch die gute Zusammenarbeit zwischen Genossen, Mitgliedern von Blockparteien und parteilosen Bürgern. Diesem Umstand sind in erster Linie die bisher erreichten Erfolge zu verdanken.

Harry Ucko

Vorsitzender des WBA 63. Berlin-Friedrichshagen

ofltSl^mwow

Ständiger Kontakt zu allen Bürgern

Der Beschluß des Sekretariats des ZK vom 7. Juli 1965 gab den WPO klare Richtlinien für die Arbeit im Wohnbezirk. Es heißt darin: „Die WPO unterstützt den Ausschuß der Nationalen Front bei der Organisierung der politischen Arbeit unter den Einwohnern des Wohnbezirkes ..., übernimmt jedoch nicht die Funktionen und Aufgaben der staatlichen Organe oder der Massenorganisationen."

Eine Voraussetzung für die Durchführung dieses Beschlusses ist für die WPO 69 II in Berlin-Prenzlauer Berg ein gutes Verhältnis zum WBA und zu den Leitungen der Massenorganisationen. Unsere WPO hat dieses Vertrauensverhältnis geschaffen. Durch Aussprachen mit den Bürgern konnte die Leitung der WPO, die Leitungen der Massenorganisationen und der WBA verstärkt werden. Die Aufgabengebiete wurden dabei klar ab-